

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr. PM 260
14.11.2009

Politikversagen ist verantwortlich für den Welthunger im 21. Jahrhundert

Zum Welternährungsgipfel in Rom erklären **Thilo Hoppe**, Sprecher für Welternährung und **Ulrike Höfken**, Sprecherin für Ernährungspolitik:

Bereits zum dritten Mal innerhalb von 17 Monaten findet ein Welternährungsgipfel statt. In dieser Zeit ist die Zahl der Hungernden nicht etwa gesunken, sondern von 860 Millionen auf über eine Milliarde Menschen angestiegen. Und das, obwohl die landwirtschaftliche Produktion pro Kopf höher ist als je zuvor. Gestiegene Energiepreise, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die zunehmende landwirtschaftliche Zerstörung von Flächen und kleinbäuerlichen Betrieben durch Agrarkonzerne und die verheerenden Folgen des Klimawandels haben das Hungerproblem weiter verschärft.

Wir fordern die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft auf, endlich zu handeln und nicht nur zu reden. Bisher waren die Staats- und Regierungschefs vor allem gut darin, Initiativen und Partnerschaften mit bedeutend klingenden Namen zu gründen und Gipfel einzuberufen. Ein nennenswerter Erfolg für die betroffenen Menschen ist bisher nicht zu verzeichnen. Die Agrarpolitik- und der internationale Handel mit Agrarprodukten müssen weltweit neu ausgerichtet werden. Nötig sind:

- Eine globale Ernährungs- und Handelspolitik, die am Menschenrecht auf Nahrung ausgerichtet ist.
- Ein fairer weltweiter Agrarhandel mit klaren ökologischen und sozialen Standards im Rahmen der WTO.
- Den Weltagrарbericht (IAASTD) zu unterzeichnen und zur Grundlage der politischen Strategie der Bundesregierung zu machen, anstatt sich weiter den Lobbyinteressen der Agrar- und Lebensmittelindustrie zu verschreiben.
- Die Förderung einer Klima- und ressourcenschonenden Nahrungsmittelproduktion, anstatt industrialisierter Agrarproduktion, die lokale und regionale Märkte stärkt und gesunde Nahrungsmittel herstellt.
- Die gezielte Unterstützung und Förderung von Kleinbauern und Frauen in der Landwirtschaft, die nachweislich zur deutlichen Reduzierung von Unter- und Fehlernährung beitragen.
- Deutlich mehr Geld für nachhaltige ländliche Entwicklung im Rahmen der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und von den Regierungen des Südens.
- Die sofortige Streichung der Agrarexportsübventionen der Europäischen Union.

Die große Herausforderung für die kommenden Jahre besteht darin, der Hungerkrise ein Ende zu setzen. Die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung muss gesichert werden, ohne Ökosysteme und natürliche Lebensgrundlagen weiter zu zerstören.